

Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg nach dem 11. September: Licht und Schatten

# Vielerorts Kampf um Arbeitsplätze

Nach dem 11. September 2001 ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt und in den Betrieben in der öffentlichen Diskussion ein wenig in den Hintergrund getreten. Im Schatten der Ereignisse nach den Terroranschlägen geht aber der Kampf um die Arbeitsplätze in vielen Regionen weiter. Die IT-Branche baut ab, die Automobilbranche baut Stellen auf – aber wie lange noch?

Schon vor den Anschlägen hagelte es massenweise und weltweit Ankündigungen von Stellenabbau bei den Computertechnik-Unternehmen. Die Kolleginnen und Kollegen bei Hewlett-Packard (Böblingen) verzichteten zuerst auf Einkommen, dann wurde doch von Entlassungen gesprochen und die Fusion mit Compaq vollzogen. Alcatel SEL hatte schon vor den Sommerferien neue Einschnitte angekündigt.

In Karlsruhe hatte die Belegschaft von Producta (einem Unternehmen der so genannten New Economy) gerade (und zum Glück) einen Betriebsrat gewählt, als das Insolvenzverfahren beantragt wurde. Das Siemens-Werk in Bruchsal wurde für zwei Wochen geschlossen. Die Betriebsräte zahlreicher weiterer ehemaliger, inzwischen ausgegliederter Siemens-Sparten, hatten alle Hände voll zu tun, um Entlassungen zu vermeiden. So werden etwa Beschäftigte von Siemens Dematic zeitweise an andere Standorte verliehen, zum Beispiel nach Karlsruhe und Offenbach.

In Heidenheim kämpft die IG Metall mit den Belegschaften um rund 1000 Arbeitsplätze, deren Verschwinden für die Region eine Katastrophe wäre. Die ohnehin schon hohe Arbeitslosigkeit auf der Ostalb würde noch weiter steigen. Bosch-Sie-



Flaute in der IT-Branche: Kurzarbeit und leere Hallen bei STP in Böblingen

mens (BSHG) will in seinem Hausgerätewerk in Giengen an der Brenz 730 Stellen streichen. Die Beschäftigten sollen für Fehler der Manager geopfert werden. Bei Epcos sollen 450 Stellen fallen, obwohl dort die Kassen klingeln, wie die Heidenheimer IG Metall mitteilt. Der Bevollmächtigte Andreas Strobel: "Zur Sicherung oder zum Ausbau der Gewinne ist jedes Mittel recht."

Das gilt auch für Weru in Rudersberg bei Waiblingen. Der renommierte Fensterbauer wurde von einem Spekulanten-Fonds namens Triton Fund übernommen, um ausgenommen zu werden. Die Rendite soll 40 Prozent pro Jahr betragen, wie "IGM Regional" berichtet, die Zeitung der IG Metall für die Region Stuttgart. Dafür sollen Beschäftigte entlassen und die Arbeitszeit verlängert werden inklusive Samstag. Für die Dividende entnehmen die Spekulanten von Triton auch schon mal Eigenkapital des eigentlich kerngesunden

Unternehmens. Trotz der Flaute im Baugewerbe steht Weru gut da, und die Belegschaft kämpft für eine Standortsicherung.

In Mannheim schloss Grundig unter Missachtung der Mitbestimmungsrechte seine Niederlassung. Der Kessel- und Behälterhersteller Johann Stahl beantragte das Insolvenzverfahren. Bei Hirschmann in Neckartenzlingen, Kreis Esslingen, sollen möglicherweise 200 Stellen wegfallen – auch hier hatte sich die Belegschaft spontan im Hof versammelt. Unternehmensberater hatten bei Hirschmann zu hohe "Overhead"-Kosten festgestellt. Die Arbeit von Pförtnern oder Gärtnern soll nach außen vergeben werden, die Stellen wegfallen. Beim Küchenhersteller Alno in Pfullendorf sollen 450 rausfliegen. Der Elektromotorenhersteller Pabst kündigte an, im südbadischen Herbolzheim 400 von rund 900 Stellen streichen zu wollen.

Im württembergischen Un-

terland dagegen werden immer mehr Arbeitsplätze aufgebaut. Audi ist das Zugpferd. Dort sind schon in den letzten Jahre viele neue Stellen entstanden. Nun wollen sich zum Beispiel auch Getrag und Bosch (geplantes Forschungszentrum in Abstatt) mit neuen Werken in der Region um Heilbronn und Neckarsulm ansiedeln – die IG Metall rechnet mit mehr als 2700 neuen Stellen.

Die neuen Stellen entstehen fast alle im Bereich des Automobilbaus und der Zulieferer. Die IT-Branche – eigentlich ein Hoffnungsträger der Zukunft – ist in der Krise – seien es Computer- oder Handy-Hersteller oder Firmen der Internet-Branche. In der Summe überwiegt insgesamt der Stellenabbau. Und wer mag die weitere Entwicklung des Automobilbaus vorher zu sehen?

Fazit des kurzen Überblicks: Der Kampf um die Arbeitsplätze bleibt notwendig – auch wenn die Fragen der Weltpolitik derzeit die Oberhand haben. <

Mitgliederwerbung: Steigende Zahlen bei Neuaufnahmen

## Die Aktionen lohnen sich



Erfolgreiche Werberinnen und Werber aus Baden-Württemberg zusammen mit dem IG Metall-Vorsitzenden Klaus Zwickel und Vorstandmitglied Kirsten Rölke

Die Zahl der neu in die IG Metall Baden-Württemberg aufgenommenen Mitglieder steigt seit einigen Jahren kontinuierlich an. Die Zahlen vom September 2001 deuten schon jetzt an, dass im Jahr 2001 voraussichtlich wieder mehr Mitglieder aufgenommen

werden konnten als im Jahr vorher – besonders bei den Jugendlichen. Das ist ein Erfolg der vielen Werberinnen und Werber im ganzen Land.

In einem Seminar in Bielefeld hat die IG Metall die besten Werbebeispiele aus ganz Deutschland

zusammengeführt, mit dem Ziel, die Ideen auszutauschen und noch mehr Metallerrinnen und Metaller zur Mitgliederwerbung zu motivieren. Darunter war auch eine Gruppe aus Baden-Württemberg (Bild), deren Arbeit von Klaus Zwickel und dem zuständigen Vorstandmitglied Kirsten Rölke ausdrücklich gewürdigt wurde. Die IG Metall hat nun auch ein elektromisches Netzwerk eingerichtet – die Adresse: [www2.igmetall.de/homepages/werberInnen](http://www2.igmetall.de/homepages/werberInnen).

Im Land werden die Werbeaktivitäten fortgesetzt mit den Schwerpunkten bei den Azubis und nun auch bei den Frauen – zuerst in einem Modellprojekt in vier Verwaltungsstellen. <

## Betriebspraxis

> Mitgliederwerbung bei Alfiing Kessler in Aalen:

„Eine Einheit: Betriebsrat und Gewerkschaft“, das ist für Karl-Heinz Grein, Betriebsratsvorsitzender bei Alfiing Kessler, Aalen, der Schlüssel des Erfolgs in der Mitgliederwerbung. Er erzählt: „Wir Betriebsräte führen mit jedem Neuen ein ausführliches Gespräch: Wir stellen die wichtigsten Betriebsvereinbarungen vor, erklären den Tarifvertrag und die Funktion eines Betriebsrates. Dafür nehmen wir uns Zeit, ein bis zwei Stunden etwa. Betriebsrat und Gewerkschaft, das soll als Einheit rüberkommen. Am Ende des Gesprächs frage ich: Bist du bereit, in die IG Metall einzutreten? Fast alle sagen ja. Wer noch die Probezeit abwarten will, der wird kurz vor Ablauf von seinem Abteilungsbetriebsrat kontaktiert. So haben wir bei 1200 Mitarbeitern einen Organisationsgrad von 86 Prozent.“

Michaela Böhm <

Offener Brief: JAV DaimlerChrysler Sindelfingen an Kultusministerin Schavan

## Ausgeliehene Schulbücher in katastrophalem Zustand

Die Jugend- und Auszubildendenvertretung von DaimlerChrysler in Sindelfingen hat der baden-württembergischen Kultusministerin Annette Schavan (CDU) einen offenen Brief geschrieben. Grund: der mangelhafte Zustand von Schulbüchern.

Sehr geehrte Frau Ministerin Schavan,

einige Auszubildende des DaimlerChrysler-Werks Sindelfingen, die im September letzten Jahres ihre Ausbildung als Teilerzieher begonnen haben, nahmen die Möglichkeit wahr, Schulbücher bei ihrer Schule auszuleihen anstatt sie zu kaufen. Dieses Recht wird ihnen auf Grund des §14 Punkt 2 der Landesverfassung zugebilligt. Aller-

dings befanden bzw. befinden sich diese Bücher immer noch in einem katastrophalen Zustand. Es fehlen Seiten, sie sind verdreht und stimmen inhaltlich nicht mehr mit den neuen gekauften Lehrbüchern ihrer Kollegen überein. Der Unterricht stützt sich ausnahmslos auf die neuen Bücher, so dass es im Unterricht und beim Lernen natürlich zu unterschiedlichen Wissensständen und Verwirrungen kommt.

Einem Kollegen, dessen Mathematikbuch aus dem Jahre 1981 stammt, wurde von der Lehrkraft empfohlen, dieses zu entsorgen. Auf das zugesagte neue Lehrbuch wartet er nunmehr seit einem dreiviertel Jahr. In den neuen Mathema-

tikbüchern wird außerdem bereits in Euro gerechnet. Dies ist in den Büchern aus den 80-er Jahren natürlich nicht der Fall. Selbst in den Tabellenbüchern sind unterschiedliche Werte abgedruckt. Dies kann bei Prüfungen zu erheblichen Nachteilen führen. Selbst auf mehrmaliges Verlangen bekamen die Schüler dennoch keine adäquaten Bücher von der Schule zur Verfügung gestellt.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Abschlussprüfung in etwa neun Monaten stattfindet, ist nun höchste Eile geboten, diese Situation zu verändern. Wir erwarten, dass in dem in der Landesverfassung verankerten Recht auf Lernmittelfreiheit Rechnung getragen wird und Sie dafür Sor-

ge tragen, dass diese und andere Berufsschüler im Land Baden-Württemberg mit geeigneten Büchern ausgestattet werden.

Denn aus unserer Praxis als Jugend- und Auszubildendenvertreter wissen wir, dass diese Kollegen keine Einzelfälle sind. Wir fordern Sie daher auf, generell die Verleihpraxis an den Berufsschulen in Ihrem Zuständigkeitsbereich zu überprüfen und entsprechende Mittel für zeitgemäße Lernmittel bereit zu stellen.

Für die JAV DaimlerChrysler Sindelfingen, Holger Röber

Vorläufige Antwort aus dem Kultusministerium: Das Ober-schulamt will der Sache nachgehen und erbittet Detailinfos. <

Demonstration in Stuttgart gegen Terror - für Frieden

## Keine neue Spirale von Gewalt und Eskalation

Trotz politischer und organisatorischer Differenzen hatte der DGB-Landesbezirk Baden-Württemberg doch gemeinsam mit dem Friedensnetz zur Demonstration gegen Terror – für Frieden in Stuttgart aufgerufen. Mehr als 10 000 Menschen folgten insgesamt dem Aufruf in die Stuttgarter Innenstadt.

Der DGB verurteilt die menschenverachtenden Terroranschläge auf die Vereinigten Staaten, so heißt es in der Erklärung der Gewerkschaften. Der DGB begrüßt die Bemühungen der USA um ein internationales Bündnis gegen den Terrorismus. Zugleich wird unterstrichen: Trotz aller Wut und Trauer ist nach wie vor besonnenes Handeln die oberste Priorität. Wörtlich heißt es im Aufruf: "Vergeltung und Rache können nicht unser Ziel sein. Unschuldige müssen verschont werden. Es darf nicht zu einer neuen Spirale der Gewalt und der Eskalation kommen."

Die Verantwortlichen des Massermordes müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Um dies zu erreichen, so der DGB, werden begrenzte militärische Aktionen mitgetragen, sofern es sich um Angriffe auf terroristische Ziele und die Infrastruktur von Terroristen und ihre Unterstützer handelt. Sie müssen aber



Demonstration für Frieden, gegen Terrorismus in Stuttgart: Mehr als 10 000 Teilnehmer

zielgenau und verhältnismäßig bleiben und möglichst bald beendet werden. Gleichzeitig muss alles getan werden, um die Zivilbevölkerung zu schützen.

Der DGB betont, dass die Bekämpfung des Terrorismus auf allen Ebenen erfolgen müsse, zum Beispiel müssten auch die Geldquellen ausgetrocknet werden. In der Frage der inneren Sicherheit müsse jede Entscheidung die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit bewahren:

"Wir wollen eine offene und tolerante Gesellschaft bleiben."

Die IG Metall-Frauen unterstützen die Stuttgarter Kundgebung und stellen fest: Langfristig wird Terrorismus nur zu bekämpfen sein, indem ihm der wirtschaftliche, soziale, politische und ideologische Nährboden entzogen wird. Die Metallrinnen im Land sprechen sich ausdrücklich gegen einen militärischen Einsatz der Bundeswehr aus. <

### Betriebsratswahlen

> NBetriebsratswahlen 2002 – JAV-Wahlen 2000:

Die Betriebsratswahlen 2002 werfen ihre Schatten voraus. Mit dem neuen Betriebsverfassungsgesetz gibt es viele neue Regelungen, die Fragen aufwerfen. Die IG Metall hilft bei der Vorbereitung der Wahlen und bietet Rat und Tat, jetzt im Herbst auch Seminare zur neuen Betriebsverfassung an. Nähere Infos dazu gibt's vor Ort in den Verwaltungsstellen der IG Metall. Bei den Wahlen der Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) 2000 konnten deutlich mehr Gremien gewählt werden als noch 1998. Fast zwölf Prozent mehr Vertretungen hat's nun in Baden-Württemberg – fast 700 sind es. Auch die Zahl der Jugend- und Auszubildendenvertreter stieg auf fast 1800; auch das ist ein Anstieg um 11,5 Prozent. In 86 Betrieben wurde erstmals gewählt und es gibt noch mehr Potenzial. <

Altersteilzeit im Handwerk

### Elektro-Arbeitgeber nach Gutsherren-Art

Die Altersteilzeit – in vielen Branchen ein bewährtes Modell – stößt bei den Arbeitgebern im Elektro-Handwerk auf großen Widerstand. Jedenfalls lehnten sie in der jüngsten Tarifverhandlung einen Rechtsanspruch für die Beschäftigten rundweg ab. Begründung: Unter Umständen könnten Beschäftigte Altersteil-

zeit beantragen, die der Arbeitgeber gerne im Betrieb behalten würden. Wenn Beschäftigte das Recht auf Altersteilzeit hätten, dann müsste es den Arbeitgebern im gleichen Sinne zustehen, Beschäftigte auch gegen deren Willen in die Altersteilzeit zu schicken. Mit anderen Worten: Die Elektro-Unternehmer wollen allein bestimmen, wer in Altersteilzeit gehen darf und wer nicht. "Sie wollen nach Gutsher-

ren-Art im Betrieb schalten und walten, wie sie wollen", das sei der wahre Hintergrund, sagte Viktor Paszehr, der für die IG Metall-Bezirksleitung die Verhandlungen führt. Jetzt werden in den Elektro-Handwerksbetrieben diskutiert und es werden Unterschriften gesammelt gegen die Blockade-Haltung der Arbeitgeber. Im November wird die Tarifkommission über das weitere Vorgehen beraten. <